



Bundestagspräsident Lammert fordert faire Lastenverteilung bei der Bewältigung der Herausforderungen im Mittelmeerraum

Bundestagspräsident Lammert fordert faire Lastenverteilung bei der Bewältigung der Herausforderungen im Mittelmeerraum
"Die gegenwärtige humanitäre Krise im Mittelmeerraum erfordert, dass die damit verbundenen ökonomischen Lasten wie politischen Anstrengungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen den Mitgliedern der EU und den betroffenen Mittelmeeranrainern fair verteilt werden müssen", erklärte Bundestagspräsident Norbert Lammert am Montag, dem 11. Mai 2015, beim Treffen der Präsidentinnen und Präsidenten der Mitgliedsparlamente der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV UfM) in Lissabon. Lammert begrüßte die Bereitschaft aller Teilnehmer, die bevorstehenden Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, weil nur dadurch eine wirkungsvolle Lösung herbeigeführt werden kann. Die Bekräftigung gemeinsamer Prinzipien allein werde jedoch nicht ausreichen, sondern müsse von der Bereitschaft getragen werden, die anstehenden Lasten gerecht zu verteilen, forderte Lammert. Mit Blick auf die aktuelle Situation standen auf der Tagesordnung der Sitzung der Parlamentspräsidenten die Themen "Zuwanderung, Asyl und Menschenrechte im euromediterranen Raum".
Rund 30 Präsidenten und Vizepräsidenten der Parlamente der Union für den Mittelmeerraum kamen der Einladung der Präsidentin des Parlaments von Portugal, Maria da Assunção Esteves, in ihrer Funktion als Vorsitzende der PV UfM nach. Das Treffen der Parlamentspräsidenten der Mitglieder der PV UfM fand parallel zur 11. Jahrestagung der PV UfM statt. Das Forum der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum versammelt insgesamt 280 Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aus dem Europäischen Parlament, aus vier nördlichen Mittelmeeranrainern, die nicht Mitglied der EU sind, sowie aus zehn südlichen Mittelmeeranrainern, darunter Türkei, Ägypten, Tunesien, Marokko, Jordanien, Israel und die Palästinensischen Gebiete. Die Versammlung wurde 2004 gegründet, um die Nachbarschaftspolitik der EU mit den südlichen Mittelmeeranrainern parlamentarisch zu begleiten.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-0
Telefax: 030/227-36 878 oder 227-36 979
Mail: mail@bundestag.de
URL: <http://www.bundestag.de>


Pressekontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

bundestag.de
mail@bundestag.de

Firmenkontakt

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

bundestag.de
mail@bundestag.de

Kein Bundestag ist wie der andere. Jedes Mal haben die Wähler neu entschieden, wer stellvertretend für alle die Regeln entwickeln soll, die dann für alle gelten werden. Jedes Mal haben die Wähler neu bestimmt, wie stark der Einfluss der einzelnen Parteien in der Volksvertretung sein soll, wer somit die Regierung bilden kann und wer in die Opposition muss. Und deshalb beginnt auch jeder Bundestag ganz von vorn. Denn die neu gewählten Abgeordneten können nicht von ihren Vorgängern vorbestimmt werden, deren Legitimität, für das Volk zu entscheiden, mit dem Zusammentreten des neuen Bundestages erlischt. Der Präsident
Der Präsident leitet nicht nur die Bundestagssitzungen (in der er sich mit seinen Stellvertretern abwechselt), er vertritt den Bundestag auch nach außen. Protokollarisch ist er als Repräsentant der Legislative nach dem Bundespräsidenten der zweite Mann im Staat. Er ist nicht nur Adressat aller Eingaben und Entwürfe von Bundesregierung, Bundesrat oder Mitgliedern des Bundestages, er setzt sich auch für die Würde des Bundestages und die Rechte seiner Mitglieder ein. Er ist der oberste Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt sowohl das Hausrecht als auch die Polizeigewalt in den Gebäuden des Parlamentes aus.